

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862**

12.6.1862 (No. 137)

# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 12. Juni.

N. 137.

1862.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.  
Einkaufspreise: die gepaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf den Monat Juni der Karlsruher Zeitung.

## Badischer Landtag.

Karlsruhe, 11. Juni. Achtundfünfzigste öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitze des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: Der Präsident des Justizministeriums, Staatsminister Dr. Stabel; der Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Dr. Lamey; Ministerialrath v. Dusch; der Präsident des Finanzministeriums, Geh. Rath Dr. Vogelmann; Geh. Referendar v. Böckh; später der Präsident des Kriegsministeriums, Generalleutnant Ludwig; Geh. Kriegsrath v. Froben.

Das Sekretariat zeigt folgende Petitionen an:

1) Eine Denkschrift des Handelsvereins von Mannheim, betreffend die Gerichtsorganisation, insbesondere die Errichtung von Handelsgerichten; ferner eine solche Denkschrift, den deutsch-französischen Handelsvertrag betreffend.

2) Bitte der Gemeindeglieder von Dellingen, um Aufhebung des großen Ausschusses und Wiederherstellung der Gemeindeordnung von 1831; übergeben vom Abg. Kirsner.

3) Bitte mehrerer Angehörigen aus Döfzingen, Amts Neuhart, um Befreiung des großen Ausschusses aus dem Gemeindegesetz.

4) Bitte des großen Ausschusses von Forchheim, Amts Reuzingen, die Pensionirung des entlassenen 2. Hauptlehrers Karl Weirich betr.

5) Bitte der Wahlmänner des Amtsbezirks Neckarbischofsheim, die Anlage einer Schienenstraße von Waibstadt nach Rappennau betr.; übergeben vom Abg. Fröhlich.

6) Eine gleiche Bitte des Gemeinderaths der Stadt Neckarbischofsheim.

7) Bitte der Bevollmächtigten aus dem Amtsbezirk Abelsheim, die Richtung der Eisenbahn von Mosbach nach Würzburg betr.

8) Bitte der Gemeinden Ruppenheim und Muggensfurt, die Aufnahme der Straße von Neumalshaus bis Doss in den Staatsstraßen-Verband betr.; übergeben vom Abg. Buhl.

9) Bitte der Gemeinden Bernau und Menzenhausen, die Verbesserung der Wachtstraße betr.

Die Abgg. Großholz, Kamm, Federer, Kimmig, Thoma, Lenz erhalten auf einige Zeit Urlaub.

Die Tagesordnung führt zur Verlesung des Berichts des Abg. Schrey über das außerordentliche Budget für die Jahre 1862 und 1863.

Dasselbe beansprucht im Ganzen die Summe von 2,236,040 fl. (aufrecht zu erhaltende Kredite 279,456 fl., neue Anforderungen 1,956,584 fl.).

Das Staatsministerium und das Ministerium des Innern, Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten nehmen hieran mit keiner Anforderung Antheil.

Die Anforderung des Justizministeriums mit 26,216 fl. wird ohne Diskussion genehmigt.

IV. Ministerium des Innern.

Als aufrecht zu erhaltende Kredite wird die ganze Anforderung mit 121,528 fl. ohne Diskussion genehmigt.

Neue Anforderungen.

Hier erhebt sich über die Summe von 10,000 fl. zur Unterstützung der Auswanderung eine längere Debatte.

Der Abg. Moll macht bei dieser Gelegenheit zunächst auf die Art und Weise aufmerksam, wie in vielen Fällen eltern- und pflegele Kinder durch Versteigerung an den Wenigstnehmenden untergebracht werden, und wünscht darin eine Aenderung.

Abg. Knieß wünscht, daß die Kosten zur Unterstützung der Auswanderung im Budget ganz wegfallen. Andere Staaten deportiren zwar auch ihre Sträflinge, aber in ihre eigenen Kolonien. Wir dagegen führen dieselben in fremdes Land, wir laden unsere gefährlichen und verderbten Elemente dort ab, und begeben dadurch ein großes Unrecht gegen diesen fremden Staat, abgesehen davon, daß diese in manchen Fällen gezwungene Auswanderung nicht dazu beiträgt, die deutsche Einwanderung in Amerika zu heben.

Staatsminister Dr. Stabel: Widersprechen mußte er, daß irgend Jemand zur Auswanderung gezwungen worden sei. Dieselbe sei immer nur mit dem Willen des Betreffenden geschehen und habe gewöhnlich zur Besserung desselben geführt.

Abg. Schmitt vertheidigt die Position; ebenso der Abg. Artaria: Die Auswanderung ist das beste Mittel, um verkommenen Leute wieder auf einen guten Weg zu bringen, denn unter fremden Verhältnissen können dieselben besser fortkommen, als in ihrer Heimat.

Abg. Knieß: Er habe nicht behauptet, daß die Nothigung zur Auswanderung von der Staatsbehörde ausgegangen sei. Bestreiten müsse er, daß die Leute in Amerika so leicht ihr Unterkommen fänden. Das Hauptgewicht liege aber in dem, einem fremden Staat zugefügten Unrecht. Amerika habe auch dagegen schon protestirt.

Abg. Schaff: Die Amerikaner wissen sich recht gut selbst

zu helfen und eine Befürwortung ihrer Interessen in diesem Hause ist nicht so dringend geboten. Mit der Auswanderung wird übrigens sehr vorsichtig verfahren, und Niemand wird nach Amerika geschickt, der nicht gesund oder nicht arbeitsfähig ist.

Was die vom Abg. Moll angeregte Frage über die Unterbringung elternloser Kinder betrifft, so wird eben, wo die Versorgung nicht nach bestehender Vorschrift geschieht, Rüge eintreten müssen.

Abg. Kirsner: Allein der Abg. Knieß habe sich gegen die Unterstüßung der Auswanderung erklärt; diese letztere sei aber zweckmäßig, und lasse sich durchaus nicht mit der Deportation von Verbrechern in anderen Staaten vergleichen.

Der Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Lamey: Was die Bemerkung des Abg. Moll betreffe, so sei der Staat in schlimmer Lage, wenn er hier von Amte wegen einschreiten wolle; die Hauptsache muß vielmehr der Privatwohlthätigkeit überlassen bleiben, den bei uns in Aufschwung begriffenen Vereinen für sittlich verwaarloste Kinder. Ein Uebernahmspreis läßt sich nicht fixiren, denn Derjenige, welcher ein Kind übernimmt, wird dies zunächst wegen des Geldes thun. Durch eine Erhöhung des Preises wird daher die Verpflegung nicht besser, sondern nur die Ausgabe größer. Man soll, wo die Privatthätigkeit das Meiste und die Regierung nicht viel leisten kann, von der Regierung nicht all zuviel verlangen.

Was die weitere Frage der Auswanderung betrifft, so wird Alles von dem dabei eingehaltenen Verfahren abhängen. Die Vereinigten Staaten sind in Folge ihrer noch in der Konsolidirung begriffenen Zustände wohl geeignet, Arbeitskräfte aufzunehmen, und diese sind ihnen willkommen. Den Auswandernden selbst geschieht kein Unrecht, denn sie finden dort Arbeit; den Amerikanern aber auch nicht, weil sie diese Kräfte gebrauchen können. Im Allgemeinen sei er wohl der Ansicht des Abg. Knieß und denke nicht so egoistisch wie der Abg. Schaff, daß man einfach den Unrath des eigenen Hauses in das Nachbarhaus werfen solle; allein die Verhältnisse seien nicht so, wie sie der Abg. Knieß voraussetze. Es ist nicht eine bloße Deportation von Sträflingen in ein fremdes Land, sondern eine Zufuhr von Arbeitskräften, von Elementen, aus denen der fremde Staat manchen Nutzen zieht.

Die Anforderung wird hierauf genehmigt.

Die Anforderungen für die Universität Heidelberg sind:

1) Neubau für naturwissenschaftliche Institute 65,000 fl. Die Kommission will gegen die Bewilligung und Verwendung dieser von der früheren Bewilligung auf die gegenwärtige Budgetperiode entfallenden Restsumme keinen Einwand erheben, jedoch unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die veranschlagte, so bedeutende Summe von 165,000 fl. keinesfalls überschritten und die Staatskasse nicht weiter in Anspruch genommen werde.

2) Außerordentlicher Zuschuß für das akademische Krankenhaus 17,600 fl., für die Entbindungsanstalt 2200 fl.

3) Für Vervollständigung der Schränke für die zoologische Sammlung einsechsen 5000 fl.

Diese Anforderungen werden ohne Diskussion genehmigt.

Für die Universität Freiburg werden gefordert:

Für den Neubau einer Entbindungsanstalt 2500 fl., deren Bewilligung die Kommission in der Unterstellung beantragt, daß vor Beginn des Baues ein entsprechender Beitrag der Gemeinde Freiburg durch ein festes Uebereinkommen ermittelt wird.

Für den Neubau eines Lyceums in Freiburg werden 43,500 fl. gefordert.

Abg. Moll spricht bei dieser Gelegenheit den Wunsch aus, der Volksschule möge eine ähnliche Sorgfalt wie den Lyceen gewidmet werden. Namentlich sei ein großer Uebelstand, daß manche Volksschulen so überfüllt seien, daß die Gesundheit der Kinder, die oft bis über 100 in einem Schulzimmer zusammen seien, Noth leide.

Abg. Fauler: Die bisherigen Lokalitäten im Lyceum zu Freiburg seien ungenügend; bei der Unzweckmäßigkeit der Erweiterung des sog. Peterhofes sei nur durch einen Neubau zu helfen, zu dem die Stadt, stets opferwillig, einen Beitrag von 10,000 fl. zu widmen bereit sei.

Der Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Lamey: Freiburg sei von allen Städten des Landes diejenige, die sich am leichtesten und bereitwilligsten zu derartigen Beiträgen entschließt. Der schon lange projekirte Neubau des Lyceums sei eine Nothwendigkeit.

Was den Wunsch des Abg. Moll betreffe, so seien statt wegen Ueberfüllung der Schulhäuser vielmehr gerade darüber von den Gemeindegliedern eingekommen, daß man sie nöthige, große Schulhäuser auf Kosten der Gemeindefassen zu bauen. Man müsse darin vorsichtig sein, um die Gemeinden nicht zu überlasten.

Abg. Schaff: Man habe früher wahre Schulpaläste gebaut und manche Gemeinde dadurch in große Kosten gestürzt. Davon sei man zurückgekommen. Daß die Gesundheit der Schulkinder durch allzu große Ueberfüllung der Schulräume nicht leide, dafür sei durch Verordnungen gesorgt.

An der Debatte hierüber nehmen weiter Theil der Abg. Spohn, welcher sich ähnlich wie der Abg. Schaff erklärt,

der Abg. Knieß, welcher sich der Ansicht des Abg. Moll anschließt, und die Abgg. Artaria, Fauler und Allmann, welche letzterer erklärt, daß er aus vielfacher eigener Erfahrung die Befürchtung, daß in vielen Volksschulen der Raum für die Gesundheit der Kinder zu eng sei, nicht für begründet halte.

Für Erweiterung der Polytechnischen Schule werden 70,000 fl. genehmigt.

Zur Ausgleichung mit den normals reichsunmittelbaren Grundbesitzern für aufgehobene sog. deklarationsmäßige Rechte beantragt die Kommission im Einverständniß mit der groß. Regierungskommission für 1862/63 statt der in den Entwurf des außerordentlichen Budgets aufgenommenen 50,000 fl. die Summe von 25,000 fl.

Abg. Schmitt ist mit dem Kommissionsantrag auf Bewilligung nicht einverstanden, da es sich hier um einen Akt der Gesetzgebung handle, das vorliegende Verhältniß durch ein Gesetz geregelt werden müsse. Der Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Lamey, und der Abg. Kirsner tritt dieser Anschauung entgegen, worauf die Forderung genehmigt wird.

Bei Tit. 17, Wasser- und Straßenbau, werden für Verbesserung und Unterhaltung der wichtigeren Binnstraßen 360,000 fl. gefordert und nach kurzen Bemerkungen Seitens der Abgg. Paravicini und Baer bezüglich der Straßenmeister, und des Abg. Heidenreich, welcher den schon in der letzten Sitzung geäußerten Wunsch nach Verbesserung der Straße von Schönau über die Sirmig nach Mühlheim wiederholt, genehmigt.

Finanzministerium.

Bei Tit. IV., Steuerverwaltung, werden für die Vornahme der ersten Vorarbeiten der neuen Katastrirung des landwirthschaftlichen Geländes 25,000 fl. gefordert.

Die Kommission will der Genehmigung dieser Position nicht entgegenstehen, weil sie eine Folge der Bestimmungen des Gesetzes vom 7. Mai 1858, die neue Katastrirung des landwirthschaftlichen Geländes betr., ist.

Da jedoch mit aller Wahrscheinlichkeit nach der Regulirung der Grundsteuerkapitalien eine Erhöhung derselben eintreten wird und bei den Häusersteuerkapitalien derselbe Grund zur Berücksichtigung, wie bei den Grundsteuerkapitalien vorhanden ist, so hält es die Kommission für gerecht, daß mit dem Beizug der neuermittelten Grundsteuerkapitalien zur Steuer nicht eher begonnen werde, als dieses auch in Beziehung der zu berücksichtigenden Häusersteuerkapitalien thutlich ist. Dieses setzt nun allerdings die Vorklage eines Gesetzes über die neue Einschätzung der Gebäude voraus. Die Kommission beantragt deshalb den Wunsch zu Protokoll:

„Die groß. Regierung möge einen Gesetzentwurf über eine neue Einschätzung der Gebäude derart vorbereiten, daß der Beizug der neu ermittelten Grund- und Häusersteuerkapitalien gleichzeitig stattfindet.“

Abg. Muth glaubt den Zeitpunkt für die Vorarbeiten noch nicht gekommen und schließt sich dem Wunsch der Kommission an.

Die Abgg. Schaff und Knieß sprechen gegen ein längeres Hinausschieben der Ausführung des Gesetzes vom 7. Mai 1858. Wenn der Wunsch der Kommission eine Beschleunigung der Einschätzung der Häuser bezwecke, so könne man mit demselben einverstanden sein, nicht aber, wenn der Wunsch die Bedeutung haben sollte, daß der Vollzug des Gesetzes über die Katastrirung des landwirthschaftlichen Geländes zurückgehalten und an die Bedingung der gleichzeitigen Neueinschätzung der Gebäude geknüpft werden solle.

Der Präsident des Finanzministeriums, Geh. Rath Vogelmann: Die Regierung hat den Wunsch in dem ersten Sinne aufgefaßt und so dagegen Nichts zu erinnern. Mit der Vornahme der Vorarbeiten kann nicht mehr zurückgehalten werden; der Vollzug des Gesetzes wird erst in der nächsten Budgetperiode vor sich gehen, und bis dahin hofft die groß. Regierung in der Lage zu sein, auch mit der neuen Einschätzung der Gebäude voranzugehen.

Abg. Regener erklärt sich gegen die Ausführung des Abg. Muth.

Abg. Kirsner befürwortet die Annahme des Kommissionswunsches, welcher schließlich auch, sowie die Anforderung selbst angenommen wird.

Bei Tit. VI., Zollverwaltung, beantragt die Kommission den Strich der für Verletzung des Hauptzollamts Ludwigshafen nach Ueberlingen geforderten 22,200 fl. Die Kommission ist der Ansicht, daß diese Verletzung so lange verschoben werden soll, bis sich durch die Erfahrung herausgestellt haben wird, welchen Einfluß die in Aussicht stehenden neuen Eisenbahnen auf den Verkehr der dortigen Gegend ausüben werden.

Abg. Poppen vertheidigt die Regierungsforderung und stellt den Antrag, dieselbe zu bewilligen. Dieser Antrag wird mehrfach unterstügt, namentlich auch von dem Abg. Baer.

Der Präsident des Finanzministeriums, Geh. Rath Vogelmann: Die beabsichtigte Maßregel sei reichlich überlegt worden, aber selbst wenn der nicht wahrscheinliche Fall eintreten sollte, daß wegen der Hebung des Verkehrs in Ludwigshafen eine Zurückverlegung nöthig fallen sollte, so wäre das zur Herstellung des Gebäudes in Ueberlingen verwendete Geld

doch nicht vergeudet, da das Gebäude sehr wohl anders verwendet werden kann.

Die Abgg. Artaria und Paravicini und Kries wollen den Antrag der Kommissionsmajorität in das rechte Licht stellen; in dem gegenwärtigen Augenblick lasse es sich nicht absehen, wie die Verhältnisse des Verkehrs am Bodensee sich gestalten werden.

Die Abgg. Spohn, Regener und Seiz befürworten den Antrag des Abg. Poppen; der Abg. Fischer spricht sich dagegen aus, und macht auf Meersburg aufmerksam.

Abg. Seiz: Meersburg sei für den Verkehr nach dem Binnenlande durchaus nicht günstig gelegen. Der Antrag des Abg. Poppen wird hierauf angenommen. Bei der Anforderung für die Katastervermessung mit jährlich 86,955 fl. macht der Abg. Heidenreich eine kurze Bemerkung, worauf der großh. Regierungskommissar, Geh. Referendar v. Böckh erwidert, daß die großh. Regierung eifrig auf den Fortgang der Katastervermessung bedacht sei; dieselbe dehne sich jetzt auf 773, also ein Drittel sämmtlicher Bemerkungen aus.

Abg. Baer macht darauf aufmerksam, daß bei einem weiteren Zuwenden von Geometern für die Katastervermessung der ohnedies große Mangel an Geometern bei der Bauverwaltung und namentlich der Untersuchung der Eisenbahnlängen noch größer werde. Um daher die Untersuchung der projektirten Eisenbahnlängen nicht aufzuhalten, sollte man mit der Katastervermessung nicht so drängen.

Abg. Kirchner ist auch dagegen, daß die Katastervermessung der Bauverwaltung Konkurrenz mache.

Geh. Referendar v. Böckh: Es sei das auch nicht die Absicht der Regierung; überdies aber werde es wohl gelingen, für beide Verwaltungen tüchtige Kräfte aus dem Ausland zu gewinnen.

Die Forderung wird wie die übrigen genehmigt. Das Budget des Kriegsministeriums veranlaßt keine Diskussion.

Die Ausgaben des außerordentlichen Budgets für die Jahre 1862 und 1863 werden schließlich

1) für das Justizministerium mit	26,216 fl.
2) für das Ministerium des Innern	766,144 fl.
3) für das Finanzministerium	229,195 fl.
4) für das Kriegsministerium	157,678 fl.
zusammen	1,157,033 fl.

genehmigt.

Bei der hierauf vorgenommenen Verstärkung der Kommission zur Berathung des Gesetzentwurfs über die Aufstellung der Erasmianschulen, welche Verstärkung auf den Antrag des Abg. Kirchner durch vier statt drei durch drei Mitglieder geschieht, werden gewählt die Abgg. Kries mit 36, Häusser mit 35, Kusel mit 33, Walli mit 13 Stimmen. Schluß der Sitzung um 1 1/2 Uhr.

++ Karlsruhe, 11. Juni. Neunundfünfzigste öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Donnerstag den 12. Juni, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts des Abg. Häusser über den Gesetzentwurf, die Auslegung des §. 74 der Verfassungsurkunde betr. 3) Erstattung und Berathung des Berichts des Abg. Häusser über den Gesetzentwurf, die bürgerliche Gleichstellung der Israeliten betr. 4) Berathung des Berichts des Abg. Friedrich über einen Nachtrag zum außerordentlichen Budget des großh. Ministeriums des Innern für die Jahre 1862 und 1863, die Erwerbung und Herstellung eines Dienstgebäudes für den Oberschulrath betr.

## ## Der Handelsvertrag mit Frankreich.

VII.

Der Hauptvorwurf gegen die mit dem Handelsvertrag verbundene Tarifreform richtet sich gegen die Herabsetzung der Eingangszölle auf Ganz- und auf Halbfabrikate. Manchem Freihändler geht dieselbe vielleicht nicht weit genug, und wenn man die Schutzöllner hört, so ist eigentlich nicht ein einziger Industriezweig, dem dadurch nicht zu viel geschähen würde. Auf den statistischen Probestein, um diesen Meinungsstreit endgiltig zu erledigen, haben wir bereits hingedeutet. Vorausgesetzt nämlich, daß der Fabrikant in Frankreich, bez. in England und Belgien den Preis eines Konkurrenzartikels um den vollen Betrag der Zollermäßigung herabsetzen würde — was jedenfalls eher zu viel, als zu wenig gesagt ist — so gibt dieser herabgesetzte Preis, wenn man vorerst die Frachtspesen dazuschlägt und die Unterschiede der Qualität in Betracht zieht, offenbar einen Maßstab ab, womit sich der Marktpreis der gleichartigen Fabrikate des Zollvereins vergleichen und die Frage der Konkurrenzfähigkeit, für den Fall, daß die Tarifreform ins Leben tritt, in Gulden und Kreuzern beantworten läßt. Unbedingt zuverlässig ist auch diese Antwort nicht; in derlei praktischen Fragen muß man jedoch schon für eine annähernde Gewißheit dankbar sein, und jedenfalls würden die sachverständigen Gegner des Vertrags mit einem einzigen glaubigen Zahlenbeispiel dieser Art mehr beweisen, als durch ganze Aktienstücke von interessirten frommen Wünschen und aus der Luft gegriffenen Beschuldigungen.

Leider stehen jedoch die Quellen, um den Streit in dieser zahlenmäßigen Weise zu schlichten, außerordentlich spärlich. Die Berliner „Nationalzeitung“ (D. Michaelis) hat zwar auch über diesen Punkt manche schätzenswerthe Angaben gemacht; diese kommen jedoch aus dem freihändlerischen und preussischen Lager, und leider ist dies Grund genug, warum wir uns hier im Süden nicht ohne Noth darauf berufen möchten. Hier zu Land sind wir dagegen, wie gesagt, auf ein paar dürftige Proben beschränkt. Die Gutachten der Handelskammern und, so weit diese in die Akten übergegangen sind, auch die Akten mögen zwar ein sehr schätzbare Material enthalten; dem unbefangenen Tribunal der Wissenschaft gegenüber hüllen sich jedoch beide Organe der statistischen Aufklärung, sowohl unsere statistischen Bureaus, wie unsere Handels-

kammern, in eine nicht gerade zweckförderliche Zurückhaltung. Auch die süddeutschen Zeitungen, in welchen bisher am eifrigsten und stets mit der Miene des Sachverständigen gegen den Vertrag geplänkelt worden ist, zeichnen sich in dieser Frage nur durch ihr beredtes Schweigen aus. Das leere Stroh der Gegenseitigkeit (s. VIII.) hat zwar die Augsburger „Allgemeine“ — um von der „Frankfurter Postzeitung“ zu schweigen — mit aller Begierigkeit breit getreten; eine bündige Auskunft über die vergleichsweligen Marktpreise der konkurrierenden Fabrikate des In- und Auslandes scheint dagegen weit weniger nach ihrem Geschmack zu sein.

Von der eigenen Statistik im Stich gelassen, haben wir daher nur um so freudiger die Mittheilungen begrüßt, wodurch die sächsische Regierung auch über diese Seite der Frage ein dankenswerthes Licht verbreitet hat. In Sachsen war man für diese Arbeit allerdings auch am besten vorbereitet. Das dortige statistische Bureau zeichnet sich nicht allein durch seinen Sammlerfleiß aus; der Nutzen, den die sächsische Statistik für eine unparteiische Beurtheilung der öffentlichen Verhältnisse bereits geleistet hat, erklärt sich vielmehr vorzugsweise daraus, daß sie von volkswirtschaftlich durchgebildeten Männern, d. h. mit Plan und Zweck geleitet wird, und daß sich ihre Ermittlungen demgemäß auch nicht auf die Erfahrungen aus den Beamtenkreisen beschränken, sondern so weit möglich auch die Zustände der eigentlichen Volkswirtschaft in ihren Bereich ziehen. Auch bei dieser Gelegenheit hat sich aber wieder gezeigt, daß die sächsische Volkswirtschaft einer Musterkarte gleicht, worin so zu sagen ein jeder Zweig und eine jede Entwicklungsstufe der Zollvereins-Industrie vertreten ist. Für die Vervollkommnung jeder einzelnen Branche war diese übermäßige Zerstückelung der sächsischen Betriebsamkeit sicher nichts weniger als vorteilhaft. Um so unbedenklicher läßt sich aber behaupten, daß mit den Zahlenangaben, die nach dem „Dresdener Journal“ für die Industrie in Sachsen gelten, auch der Industrie, wie sie sich bei uns zu Lande entwickelt hat, nicht zu viel geschieht. Im Uebrigen sind ja die Zollschranken zwischen dem Süden und Norden des Zollvereins längst hinweggeräumt; wir konkurriren auf demselben Markt, und was von dem Verhältnis der sächsischen Marktpreise zu denen der konkurrierenden Fabrikate des Auslandes gilt, muß daher annähernd jedenfalls auch für uns richtig sein.

Läßt man dies gelten, und wir wenigstens wüßten keinen Grund, womit man es bestreiten wollte, so sind aber die Angaben des „Dresdener Journals“ ganz dazu angethan, um, was die Stapelartikel unserer Industrie betrifft, jede Besorgniß zu zerstreuen, als ob diese in Folge der Tarifreform irgend gefährdet würden. Die „Karlsruher Zig.“ hat das Verdienst dieser Mittheilungen bereits anerkannt, indem sie dieselben vollständig wiedergegeben hat; wir dürfen uns daher insofern einfach auf die in der Beilage zu Nr. 125 abgedruckten Angaben beziehen. Von einer Konkurrenz, sei es der französischen oder englischen oder belgischen Industrie, wodurch in Folge der beabsichtigten Tarifreform irgend ein süddeutscher Industriezweig in seiner Abgabefähigkeit bedroht und in seiner Existenz erschüttert würde, kann hiernach nirgends die Rede sein. Damit ist jedoch nicht gesagt, wie auch das „Dresdener Journ.“ mit Recht hervorhebt, und soll auch von unserm Standpunkt durchaus nicht gesagt sein, als ob darum in Folge der erleichterten Konkurrenz des Auslandes nicht diese und jene Art der Industrie und dieser und jener einzelne Industriezweig zu erhöhten Anstrengungen angeporrt werden würde. „Die Industrie des Wiesentals“, so wurde uns vor kurzem von zuverlässiger Seite berichtet, „ist kaum noch bis zum Juli mit amerikanischer Baumwolle versehen, und beginnt schon jetzt mit halbwoollenen Geweben und Stoffen und mit Surinams als Surrogat sich der Noth zu erwehren, die ihr mit Riesenschritten zu Leibe geht und die, falls der Krieg nur noch ein Vierteljahr anhält, für unsere Gegend der eines Fehljahres fast gleichkame.“ Was hier die unerbillige Noth bewirkt, das wird in Folge der Tarifreform in vielen Fällen aus verständiger Maß geschähen: um gegen die erleichterte Konkurrenz des Auslandes ihren Markt zu behaupten, wird sich die deutsche Weberei und Spinnerei, die Fabrikation der Tapeten, Teppiche, Kurzwaaren u. s. w. von dem einen Artikel mehr abwenden und mit Vorliebe auf einen andern werfen müssen, worin ihre Etablizität, wenn nicht Ueberlegenheit bereits gesichert ist. Soweit sich die Wirkungen unserer Tarifreform in dieser Art äußern, wird jedoch der Grundlag einer verständigen Schonung der Industrie dadurch in keiner Weise verlegt. Denn diese Schonung darf nicht in Verzärtelung ausarten. Für die beschützten Industriezweige selbst ist es im Gegenheil ein bleibender Vortheil, wenn man sie um den Preis eines vorübergehenden Kapitalaufwandes, d. h. in der Regel wider ihren Willen in eine Bahn drängt, worin sie sich dann für alle Zukunft ohne die Kräfte des Zollzuges und ganz unangefochten durch die mit der Zeit doch unvermeidliche Tarifreform behaupten können. Und noch auffälliger sind die Vortheile einer solchen Umwandlung für den Volkswohlstand. Das sicherste Mittel, um die Nationalindustrie in kürzester Zeit auf die erreichbare Stufe der Vervollkommnung zu heben, bleibt immer die mögliche Konzentration und Großartigkeit der Produktion; denn nur durch diese Massenhaftigkeit der Produktion wird es möglich, daß man sich alle Vortheile des Maschinenwesens und einer fortgeschrittenen Arbeitstheilung zu eigen macht, oder in's Kaufmännische überlegt: je ausgedehnter der Betrieb, um so mehr vermindern sich alle Generalunkosten. Selbstverständlich setzt aber die Massenhaftigkeit der Produktion die Massenhaftigkeit des Absatzes voraus, oder mit andern Worten: sie ist nur da erreichbar, wo der Handel frei ist und die Nationen sich in den Weltmarkt theilen.

In Gulden und Kreuzern berechnet ist es doch ein augenscheinlicher Vortheil und im Uebrigen vollständig gleichgiltig, wenn die Fabrikation, die den deutschen Konsumenten mit glatten und schweren Seidenstoffen versorgt, was unsere eigene Industrie betrifft, nicht sowohl in den Seiden- als in den Tuchfabriken des Zollvereins betrieben wird. In der Tuchfabrikation sind wir den Franzosen, in der Seidenfabrikation sind sie uns überlegen; was ist unter diesen Umständen

naturgemäßer, was vorteilhafter, als daß sich die Industrie der beiden Nationen ergänzt, und eine jede ihre Unternehmerrthätigkeit, ihr Kapital und ihre Arbeitskräfte vorzugsweise auf den Produktionszweig wendet, worin ihnen in Folge ihrer industriellen Ueberlegenheit der verhältnismäßig reichste Lohn in Aussicht steht? Das Letztere wird zwar in Frage gestellt; die Seidenwaare, so lautet ein bekanntes schutzöllnerisches Argument, ist das feinere Produkt; ihre Herstellung erfordert mehr Arbeit und Kunstgeschick, beides macht sich auch im internationalen Verkehr bezahlt, und die Nation bereichert sich daher verhältnismäßig am raschesten, die sich mit Vorliebe, und sei es auch mit Hilfe eines Schutzzölles, auf die feineren Industriezweige wirt. Das Trügerische dieser Theorie ist jedoch mit Händen zu greifen. Der Arbeiter verdient nicht mehr, ob er nun seinen mechanischen Dienst an einem Jacquard- oder an einem gemeinen Webstuhl verrichtet. Und wenn der erste Besitzer eines Jacquardstuhls ein Vermögen machte, so ist doch dieses Wunderwerk des Erfindungsgeistes längst zum Gemeingut geworden, und seitdem sorgt die Konkurrenz dafür, daß dem Seiden- genau wie dem Tuchfabrikanten nicht nach Maßgabe der Feinheit seines Erzeugnisses, sondern genau im Verhältnis des beiderseitigen Aufwandes an Arbeitszeit und Kapital und an der Betriebsamkeit, die in Beiden zu sparen versteht, vergolten wird. Der Industriezweig und der Unternehmer, der sich durch seine Betriebsamkeit am meisten hervorhebt, der sich durch rührige und umsichtige Benützung aller arbeitssparenden Vortheile vor Andern auszeichnet, erzielt auch den höchsten Reinertrag und steht sein Kapital am raschesten zuzunehmen, gleichviel ob er dasselbe auf die Hervorbringung von Damast und Spiegelglas oder von Shirting und Soldatenpiegeln verwendet. (Schluß folgt.)

Berichtigung. In Art. VI. (Nr. 131) hat sich ein Schreibfehler eingeschlichen; hat 1 Dm Wein = 3/2 Kilo muß es nämlich heißen 3/2 Zollcentner.

## Deutschland.

§ Heidelberg, 10. Juni. Nach dem so eben ausgegebenen akademischen Adresskalender für das Sommerhalbjahr zeigt sich (wie gestern schon angedeutet) eine erfreuliche Zunahme in der Zahl der unsere Universität besuchenden Studirenden. Bemerkenswerth ist dabei, daß die Zahl der Inländer um 10 sich vermindert hat. Zur erhöhten Frequenz tragen dieses Mal namentlich Russen und Polen bei; auch die Griechen und Ungarn sind nicht ausgeblieben, während nur sehr wenige Engländer und fast keine Amerikaner immatrikulirt wurden. Nach der amtlichen Zusammenstellung stellt sich das Verhältnis der einzelnen Fakultäten für diesen Sommer wie folgt: Theologen: zusammen 107, und zwar Inländer 54, Ausländer 53. Juristen: zuf. 386, und zwar Inländer 26, Ausländer 360. Kameralisten: 26, und zwar Inländer 19, Ausländer 7. Mediziner, Chemiker und Pharmazeuten zusammen 93; davon sind 30 Inländer, 63 Ausländer. Philosophen und Philologen zusammen 109, darunter 27 Inländer und 82 Ausländer. Hiernach sind es im Ganzen 721 immatrikulirte Studirende, und zwar 156 Inländer und 565 Ausländer, d. h. Nichtadener. Außerdem besuchend die akademischen Vorlesungen noch 37 Personen reiferen Alters und 27 konditionirende Chirurgen und Pharmazeuten, was eine Totalsumme von 785 Studirende ergibt, eine Anzahl, die seit längeren Jahren nicht mehr erreicht wurde, und wozu sicherlich die jüngsten Verfügungen ausgezeichneter Männer von Seiten der großh. Regierung nicht wenig beigetragen haben. Im vorigen Semester betrug die Anzahl sämmtlicher Studirenden 667; es hat sich hiernach eine Vermehrung ergeben um 118.

§ Konstanz, 10. Juni. Einen so belebten Pfingstmontag wie den letzten hatten wir seit Jahren nicht. Außer der Masse Landleute, welche gewöhnlich auf diesen Tag von beiden Seiten herbeiströmen, trug dazu hauptsächlich der Besuch des „Liederkranzes“ von Ravensburg beim hiesigen „Boban“ bei. Die Sängerrunde war Vormittags auf einem Ertrasschiff von Friedrichshafen angekommen; nach Befestigung der Stadt und eingenommenem Mittagmahl versammelten sich der „Liederkranz“ und die beiden hiesigen Vereine, „Boban“ und „Eintracht“, in einem großen Sommergarten, wo Gesang und Musik abwechselten, unterbrochen von Reden und Toasten. Wenn schon ein plötzlicher und furchtbarer Orkan, dem schwerer Regen folgte, alle Gäste gegen Abend in die sichern Mauern verjagte, so konnte dadurch doch nicht der Frohsinn gestört werden, und mit den Versicherungen der freudigsten Zufriedenheit schieden die nachbarlichen Gäste um 9 Uhr mit einem Ertrasschiffe der Heimath zu. Auch ein kleinerer Verein von St. Gallen war angekommen, kehrte aber schon im Lauf des Nachmittags wieder zurück. Die Dampfschiffe hatten die beiden Tage über und über zu thun, obgleich der Montag zweifelhaftes Wetter zeigte.

\* Frankfurt, 9. Juni. Wir entnehmen den Frankfurter Blättern einiges Nähere über die telegraphische bereits gemeldete politische Versammlung am 7. und 8. d. Es waren etwa 40 Abgeordnete und andere politische Männer aus verschiedenen deutschen Staaten zu einer Besprechung zusammengekommen, u. A. v. Hoyerbeck, v. Arnub aus Berlin, Dr. Böck, Barth, Brater, Buhl aus Bayern, Hölder, Ammermüller, L. Seeger, Probst, Schott aus Württemberg, Blunschl, Häuffer, Baumgarten, Labenburg aus Baden, Mez, W. Stein, Bollhard aus Hessen-Darmstadt, Fries, Streit, Briegleb, Freitag aus Thüringen, v. Bennigsen aus Hannover, Moris Biggers aus Mecklenburg, Pfeiffer aus Bremen, Dr. Lang aus Wiesbaden, Cetto aus Trier, Dr. Müller und Souday aus Frankfurt zc. Den ersten Anlaß zu der Versammlung hatte der bereits früher erwähnte Plan geboten, die „Süddeutsche Zeitung“ von München nach Frankfurt zu verlegen und die hier erscheinende „Zeit“ mit ihr zu verschmelzen. Da zur Entscheidung über diese Angelegenheit die Ausschüsse der beiden Blätter zusammentreten mußten und hierdurch hervorragende Mitglieder der Kammern von Bayern,

Württemberg, Baden und Preußen zusammengeführt wurden, so lag der Gedanke sehr nahe, diese politischen Elemente in der Weise zu ergänzen, daß Notable aus den verschiedenen deutschen Staaten, aus Süd und Nord Gelegenheit erhielten, sich über die gegenwärtige Lage der Dinge in Deutschland zu besprechen.

Zuerst wurde nun in Betreff der beiden Blätter von den Beteiligten beschloffen, daß die Verschmelzung derselben notwendig sei und daß die „Südd. Ztg.“ vom 1. Juli ab, herausgegeben von K. Bräter und A. Lammers, in Frankfurt erscheinen solle. Unter dem Vorsitz des Hofraths Blunzschli begann dann eine den ganzen Vormittag und die Hälfte des Nachmittags ausfüllende Debatte über die gemeinsamen Aufgaben der liberalen und nationalen Partei des gesammten Vaterlandes. War die Einladung — sagt die „Zeit“ — von dem Gedanken ausgegangen, daß eine persönliche Verständigung unter den Abgeordneten aller liberalen Fraktionen aus allen deutschen Kammern für die Vertretung der gemeinsamen Interessen in den einzelnen Kammern von großem Werth sein werde, so wurde dieser Gedanke und der Vorschlag, die notwendigen Vorkehrungen zur Veranstaltung periodischer Zusammenkünfte zu treffen, von allen Seiten mit lebhaftester Zustimmung aufgenommen; eben so einstimmig sprach man sich dahin aus, daß die Mitglieder aller liberalen Fraktionen, alle, welche die Einigung und freibillige Entwicklung Deutschlands erstreben, zur Theilnahme berechtigt seien. Ein Verein soll nicht gebildet werden, sondern lediglich bei besonders wichtigen Fragen eine freie Besprechung stattfinden. Die Berechtigung zur Theilnahme an der nächsten Versammlung wurde auf die gegenwärtigen und ehemaligen Mitglieder deutscher Volksvertretungen beschränkt. Von Probst aus Stuttgart wurde angeregt und von der Versammlung, nachdem sich u. A. Wolf aus Augsburg und Mez aus Darmstadt in diesem Sinn geäußert hatten, anerkannt, daß die Aufforderung selbstverständlich auch an die deutschen Abgeordneten in Oesterreich gerichtet sei, wegen der weitergehende Vorschlag, denselben eine ganz spezielle Einladung zukommen zu lassen, als unumwunden abgelehnt wurde. Der betreffende Beschluß lautet: „Zur Theilnahme an der nächsten Versammlung sind eingeladen die gegenwärtigen und ehemaligen Mitglieder deutscher Volksvertretungen, sowie die ehemaligen und gegenwärtigen Mitglieder der Landtage deutscher Bundesländer insbesondere.“ Zu Protokoll wurde die Erklärung des Vorsitzenden genommen, daß die Versammlung die Theilnahme österreichischer Abgeordneten wünsche, und daß dieser Wunsch auch von denjenigen Mitgliedern der Versammlung (der sehr großen Mehrheit) getheilt werde, welche an die Möglichkeit einer Konstituierung des deutschen Bundesstaats mit Einschluß von Oesterreich nicht glauben. Diese Beschlüsse wurden nach längerer Debatte einstimmig angenommen. Es wurde sofort eine Kommission aus 15 Personen gewählt, welche das Recht der Cooptation erhielt und es auch gestern Abend schon in der Weise übte, daß die Kommission jetzt aus etwa 30 Mitgliedern besteht, wozu noch eine Anzahl deutsch-österreichischer Abgeordnete gebeten werden sollen, um demnächst als Gesammtkommission die Einladungen zu erlassen. Von der ursprünglich gewählten Kommission sind der „N. Frkf. Ztg.“ folgende Männer bekannt: Barth, Bennigsen, Blunzschli, Buhl, Fries, Höder, Lang, Mez, v. Hoyerstedt, v. Unruh, Probst, Pfeiffer, Wigand u. s. w.

Nach Erledigung dieses Gegenstandes wurden mehrere Stunden auf Besprechung der formellen Behandlung des deutsch-französischen Handelsvertrages verwendet, wobei natürlich die Frage der Möglichkeit eines Zollparlamentes und die Parteilichkeit zwischen Schutzzöllnern und Freihändlern herortrat. Auf Antrag von Mez beschloß schließlich die Versammlung, diesen Gegenstand ohne bestimmte Beschlüßfassung für oder wider zu verlassen.

Die hiesigen liberalen Blätter heben einstimmig die wichtige Bedeutung dieser Zusammenkunft hervor. Namentlich glaubt die „Zeit“ die Zuversicht aussprechen zu dürfen, daß dieselbe einen folgereichen Anstoß zur übereinstimmenden Behandlung der deutschen Fragen in den verschiedenen Kammern und zur fortschreitenden Verständigung ebensowohl zwischen Nord und Süd, als zwischen den verschiedenen liberalen Fraktionen, zwischen Demokraten und Konstitutionellen, gegeben hat.

**Frankfurt, 10. Juni.** Die „Zeit“ schreibt: In Kasel neigen sich die Dinge endlich einer erprieslichen Lösung zu. An der Bildung eines entschieden liberalen Ministeriums ist kaum mehr zu zweifeln, und das Wahlgesetz von 1849 als Angelpunkt des Umsturzes wird wohl auf keine Schwierigkeit mehr stoßen. Diejenigen, welche mit der Bildung des neuen Kabinetts beschäftigt sind, die H. v. Posberg als kurfürstlicher Vertrauter und Wigand als Mann des öffentlichen Vertrauens, scheinen es, wenn auch vielleicht aus sehr verschiedenen Motiven, für unumgänglich zu halten, daß man sofort rückhaltlos liberal regiere. Ueber die Namen ihrer demnächstigen Kollegen laufen in der Presse viel vage Vermuthungen oder Gerüchte als Thatsachen um, denen wir, obgleich dazu in den Stand gesetzt, bei der Nähe der Entscheidung keine neue mehr hinzufügen mögen.

**Kassel, 7. Juni.** Der „Frkf. N.-Ztg.“ zufolge ist gestern die Genehmigung des Kurfürsten erfolgt, dem Staatsrath v. Wisingerode in Weimar Eröffnungen wegen Annahme eines Portefeuilles in dem in Bildung begriffenen neuen Ministerium zu machen und zwar speziell in Betreff des Departements des Innern, wahrscheinlich auch, um denselben zugleich einwilligen mit der Besetzung des Aeußern zu betrauen. Wird das Erbiten angenommen, so dürfte Regierungsrath Wigand, der selbst nach Weimar gereist ist, um mit Hrn. v. Wisingerode zu konferiren, sich den Geschäften des Finanzministeriums unterziehen. Weiter will man wissen, daß Hr. Wigand ein ausführliches Programm für das neue Ministerium ausgearbeitet habe und daß dasselbe im Lauf des heutigen Tages allerhöchsten Orts unterbreitet worden sei.

Wegen des heute vor 22 Jahren erfolgten Todes des

Königs Friedrich Wilhelm III. von Preußen, leiblichen Oheims Sr. K. Hoh. des Kurfürsten, unterließ die sonst an jedem Samstag übliche Theatervorstellung.

**Berlin, 9. Juni.** Es war früher der Wunsch Sr. Maj. des Königs, am 7. Abends nach Baden-Baden abzureisen, um daselbst mit Ihrer Maj. der Königin die Festzeit zu verleben. Die Staatsgeschäfte haben jedoch diesen Ausflugsunthunlich gemacht. Sr. Maj. wird übrigens gleich nach dem Schluß der Landtagssession sich zum Kurgebrauch nach Baden begeben und von dort aus später nach Ostende gehen. — Für die Festzeit haben die meisten Mitglieder des Landtags Berlin verlassen. Zahlreiche Abgeordnete benützen die von den hiesigen Eisenbahn-Direktionen veranstalteten Extrazüge, um während der kurzen Ferien Dresden, Hamburg, Stettin oder die Insel Rügen zu besuchen. Das Abgeordnetenhaus tritt am Mittwoch wieder zusammen. Die nächste Sitzung des Herrenhauses findet erst Ende dieser Woche statt. Unter dem Vorherrsche des Finanzministers v. d. Heydt hielt am Samstag Mittag das Staatsministerium eine Beratung ab. Hiesige Blätter tragen sich schon wieder mit Gerüchten von einer Kabinettskrisis. Namentlich wird neuerdings behauptet, der Vertreter Preußens am französischen Hofe, Geh. Rath v. Bismarck-Schönhausen, sei eilig von Paris nach Berlin berufen worden, um an die Spitze des Ministeriums zu treten und zugleich das Kabinet umzugestalten. Diese Behauptung wird uns als vollkommen unbegründet bezeichnet. Dagegen soll es einigermassen den Anschein gewinnen, als werde in nicht ferner Zukunft der jetzige königl. Hausminister Frhr. v. Schleinitz wenigstens interimistisch zum Nachfolger des Prinzen v. Hohenlohe im Präsidium des Staatsministeriums ernannt werden. Wie es heißt, sind mit Hrn. v. Schleinitz wegen seines Eintritts in das Kabinet schon seit beinahe vierzehn Tagen Verhandlungen im Gange. — Gestern Abend gegen 10 Uhr brach in der am Kanal nahe bei der Heydt-Brücke gelegenen ehemals Jungblut'schen Eisenbahnwagenfabrik Feuer aus, welches die ganze Nacht hindurch wüthete und beinahe sämtliche Gebäude des ausgepönten Etablissements in Asche legte. In den früheren Fabrikräumen waren seit einiger Zeit Werkstätten von Tischlern, Böttchern und Stellmachern, sowie Wagenremisen, Pferdeälle und Futterböden angelegt, die nunmehr fast ausnahmslos zerstört sind. Das Feuer soll in einer Böttcherverkstatt entstanden sein.

**Berlin, 10. Juni.** Mehrfachen Anzeichen nach scheint der leidende Gesundheitszustand des Ministers Grafen Bernstorff der Frage wegen Wiederbesetzung des bald zur Erledigung kommenden Vorherrsches im Staatsministerium eine neue Wendung zu geben. Der Graf ist zwar von seiner letzten Krankheit so ziemlich wieder hergestellt; doch soll derselbe in Folge des nervösen Leidens, welches zu den rheumatischen Affektionen hinzugegetreten war, sich demnach angegriffen fühlen, daß er auf ärztlichen Rath mit dem Gedanken umgeht, zu seiner vollen Genesung sich für längere Zeit gänzlich von den Amtsgeschäften zurückzuziehen. Noch läßt sich nicht ersehen, ob Graf Bernstorff diesen Gedanken wirklich zur Ausführung bringen werde. Sollte es der Fall sein, so würde wahrscheinlich bei der Ernennung eines Nachfolgers für den Prinzen von Hohenlohe zugleich auch für eine anderweite Besetzung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten Sorge getragen werden. In hiesigen politischen Kreisen trägt man sich mit zwei auf solche Eventualität bezüglichen Aufstellungen. Von der einen Seite wird behauptet, der königl. Hausminister Frhr. v. Schleinitz sei dazu ausersehen, mit dem Vorherrsche im Staatsministerium zugleich auch die Verwaltung des auswärtigen Ministeriums zu übernehmen. Zugleich fügt man bei, die Uebertragung beider Ämter an Hrn. v. Schleinitz werde vielleicht eine bloß interimistische sein. Schon bei der Beurteilung des Prinzen von Hohenlohe sollen über die sofortige Berufung des Hausministers zum Stellvertreter des Prinzen Verhandlungen stattgefunden haben. Wie es heißt, hätte aber Hr. v. Schleinitz keine Neigung gezeigt, unter den damaligen Umständen an die Spitze des Kabinetts zu treten. Von andern Seiten wird berichtet, das frühere Vorhaben, den Geh. Rath v. Bismarck-Schönhausen mit der Leitung des Kabinetts zu betrauen, sei in Folge der kürzlich vom Grafen Bernstorff geäußerten Rücktrittswünsche wieder aufgenommen worden. Hr. v. Bismarck soll ursprünglich Bedenken gehegt haben, ohne ein bestimmtes Verwaltungsressort die Präsidenschaft des Ministeriums zu übernehmen. Um so mehr würde eine etwaige Erledigung des auswärtigen Ministeriums die Möglichkeit bieten, ihm das vorzugsweise seinen Wünschen entsprechende Ressort zuzuwenden. Der achtenswerthen Quellen wegen, aus denen wir schöpfen, hielten wir es für Pflicht, der über eine Verbindung des auswärtigen Departements mit der Ministerpräsidentenstelle hier umlaufenden Gerüchte Erwähnung zu thun. Diese Gerüchte machen ausdrücklich den Anspruch, nicht als haltlose Erzeugnisse der Konjekuralpolitik betrachtet zu werden. — Gutem Vernehmen nach wird Hr. v. Bismarck-Schönhausen binnen kurzem von Paris nach Berlin kommen. — Aus Kopenhagen in hier eingegangenen Mittheilungen zufolge ist der Prinz von Hohenlohe sehr leidend. Der Gichtanfall, von welchem derselbe vor einigen Wochen betroffen worden ist, soll sich in neuerer Zeit verschlimmert haben. Damit schwindet denn mehr und mehr die Aussicht auf ein ferneres Verbleiben des Prinzen an der Spitze des Kabinetts.

**Italien.** Abgeordnetenversammlung. Der Ackerbau- und Handelsminister Depoli brachte Gesetzentwürfe ein bezüglich der anonymen Gesellschaften des Credit-Foncier, der Umfistung des Münzwesens, und bezüglich der Konzeption eines Bewässerungskanales in Oberitalien. — Garibaldi ist diesen Morgen von Belgirate am Lago Maggiore angelangt. Hr. Fremy wird morgen in Turin erwartet. Die Finanzdarlegung des Hrn. Sella hat auf die Börse einen günstigen Eindruck hervorgebracht.

**Rom, 9. Juni.** Der Papst hat in dem heute Morgen stattgehabten Konsistorium eine Rede gehalten. Se. Heiligkeit

bedauerte die Irthümer, welche der revolutionäre Geist gegen die Autorität der katholischen Kirche, gegen die göttlichen und menschlichen Gesetze verbreitet; der Papst beklagte den Druck, unter welchem die Kirche in Italien leidet, wo es den Bischöfen verboten wurde, nach Rom zu gehen; er beklagte den der weltlichen Gewalt des Papstes erklärten Krieg und forderte die Bischöfe auf, der Verbreitung solcher Irthümer mit doppelteltem Eifer entgegenzutreten. Nach dieser Allocution verlas der Kardinal Mattei die Adresse der Bischöfe an den Papst. — Alle Bischöfe speisten mit dem Papst im Bibliotheksalle des Vatikans.

### Frankreich.

**Paris, 10. Juni.** Der „Monteur“ veröffentlicht heute das Dekret, womit die Session des Gesetzgeb. Körpers neuerdings (und wahrscheinlich nicht zum letzten Mal) bis zum 27. Juni verlängert wird. — Nach den heute dem Gesetzgeb. Körper vorgelegten Berichten der Budgetkommission belief sich das Budget der ordentlichen Ausgaben auf 1720,271,078 Fr. pro 1863 auf 1729,897,877 Fr., d. h. um 71,461,105 Fr. mehr als im Jahr 1862; doch wurde dieses Mehr in Folge erlangter Reduktionen auf 61,834,305 Fr., und die definitive Summe der ordentlichen Ausgaben auf 1720,271,078 Fr. reduziert. Das außerordentliche Budget belief sich auf 138,870,000 Fr., doch konnte auch diese Summe auf 121,114,500 Fr. reduziert werden. Diese Ersparnisse und Reduktionen gestatteten, auf die 38 Mill. der Salzsteuer zu verzichten. Im Ganzen hat die Budgetkommission, einschließlich des Restifikationsbudgets des vorigen Jahres, nicht weniger als 125,991,650 Fr. „heruntergehandelt.“ Die Annahme der Erhöhung der Zuckersteuer glaubte die Kommission „trotz ihrer natürlichen Abneigung“ aus finanziellen Rücksichten empfehlen zu sollen. „Wir wollen kein Defizit mehr — sagt der Kommissionsbericht — wir wollen genaue Kontrolle und wirkliches Gleichgewicht; wir wollen endlich aus den Auswegen (expédients) heraus und in ein wahrhaftes Finanzsystem eintreten. . . Nach dem Ruhme, nach dem friedlichen Glanze wollen wir endlich Das gründen, was Festigkeit und Dauer schafft. . .“ — General Montebello wird Sonntag sammt seiner Familie nach Rom abreisen. — Depeschen aus Rom zufolge liegen dort zwei Adressentwürfe an den Papst vor, vom Bischof Gerbet und von Mgr. Dupanloup; letzterer ist weitaus der Gemäßigtere, wie überhaupt der Bischof von Orleans in Rom durch unerwartete Klugheit und taktvolles Auftreten großen Einfluß gewonnen hat. — Wie man sagt, werden in Bliedah und Drau Bischofsitze errichtet werden. — Hr. v. Bismarck, welcher nächste Woche nach Berlin abreisen wird, hatte gestern eine längere Unterredung mit dem Kaiser.

### Türkei.

**Agusa, 9. Juni.** Vom 2. d. M. an fanden tägliche Kämpfe zwischen Türken und Montenegro unter beiderseitigen großen Verlusten statt. Zu den Todten auf türkischer Seite gehören Ferik Salih Pascha, die Obersten Mehmed und Mustafa, sowie andere Offiziere. Am 5. erkrankte Derwisch Pascha nach fünfständigem Kampfe die vom Fürsten von Montenegro besetzte Position Ostrog.

### Amerika.

**Neu-York, 29. Mai.** Den gestrigen Mittheilungen über die Schlapp, welche General Banks erlitt, ist noch beizufügen, daß wiederholt versichert wird, er habe in Folge von Truppenentwendungen an das Zentrum unter McDowell dem 15,000 Mann starken Feind bei Winchester nur 4000 Mann entgegenstellen können. So mußte er, der Uebermacht weichen, nach Williamsburgh retiriren, und überschritt den Potomac bei Williamsport, zog sich somit von Virginien wieder nach Maryland zurück. Er hatte auf diesem Rückzug von dem ihm verfolgenden Gegner arg zu leiden und verlor viele Leute. Auch der Verlust der Kriegsvorräthe von Winchester (darunter 50 Gepäckwagen) war ein sehr bedeutender. Uebrigens hat General Banks bei Williamsport und Harpers Ferry bereits bedeutende Verstärkungen erhalten und ein Vormarsch der Südbaatligen auf Washington selbst wurde nicht mehr befürchtet. General McDowell ist über den Rappahannock gegangen und 6 Meilen über Fredericksburg vorgerückt. Die Südbaatligen zogen sich vor ihm zurück, verbrannten die Brücken hinter sich, und sollen in der Nachbarschaft über keine bedeutende Truppenzahl zu verfügen haben.

**Neu-York, 31. Mai.** (Mannh. J.) Die Südbaatligen haben Korinth geräumt. Von Neu-Orleans sind bessere Aussichten in Betreff der Baumwolle eingetroffen. Banks ist aufs neue in Virginien vorgerückt.

**Mexiko.** Die Neu-Yorker Blätter vom 27. Mai veröffentlichten halboffizielle, in Washington aus Drizaba vom 9. Mai eingetroffene Depeschen, denen zufolge die Franzosen, etwa drei Meilen vor der Hauptstadt Mexiko, durch 10,000 Mexikaner angegriffen und mit einem Verluste von 500 Mann zurückgeschlagen worden seien. Derselben Depeschen stellen in Abrede, daß Juarez die Hauptstadt verlassen habe. — Alle zwischen England und Mexiko schwebenden Differenzen waren durch einen Vertrag ausgeglichen worden.

### Vermischte Nachrichten.

**London, 5. Juni.** Gestern wurde dem Parlament der Bericht des Flottenkapitans Gore über die Stärke der französischen Kriegsmacht, wie sie am 1. Januar 1862 war, vorgelegt. Die Gesamtzahl der fertigen und im Bau begriffenen Schiffe ist demnach 360; davon sind 319 im Wasser (adroit) und 41 im Bau begriffen. 36 Linienfahrtschiffe, 14 sind bemannt (in commission); 6 Panzerfregatten schwimmen schon, 4 sind bemannt und 10 im Bau; 12 gepanzerte Batterien schwimmen, und 2 sind im Bau. Die Zahl der hölzernen Fregatten war am 1. Januar 42, davon sind 18 Raddampfer. Außerdem sind 5 hölzerne Schraubenfregatten im Bau begriffen. Die Gesamtzahl der bemannten und dienstfähigen Schiffe war 172.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Fern. Kroenlein.

3.1.111. Karlsruhe. Entferte Verwandte und Freunde benachrichtigen wir von dem gestern Nachmittag 3 Uhr dahier erfolgten Hinscheiden des Freiherrn August Gödler von Ravensburg, großh. bad. Generalmajor v. A., und bitten um stille Theilnahme.  
Karlsruhe, den 11. Juni 1862.  
Die Hinterbliebenen.

3.1.119. Durlach. In letzter Nacht verschied unsere liebe Mutter Anna Maria Schellenberg, geborne Arnold, Wittve des in Stein gestorbenen Pfarrers Schellenberg, an einem Herzschlage.  
Um stille Theilnahme bitten,  
Durlach, den 11. Juni 1862,  
Die Hinterbliebenen.

3.1.107. Karlsruhe. **Kunstverein.**  
**Die Eröffnung**  
der Ausstellung des rheinischen Kunstvereins im Orangeriegebäude des großh. botanischen Gartens findet **am Donnerstag den 12. d. M.** statt; was mit Bezug auf die Anzeige im Karlsruher Tagblatt vom 7. und 10. d. M. bekannt gemacht wird.  
Karlsruhe, den 11. Juni 1862.  
Der Vorstand.

3.1.108. Karlsruhe. **CIRCUS RENZ**  
auf dem Schloßplatze in Karlsruhe.  
Am Montag den 16. d. findet hier selbst die letzte Vorstellung statt.  
Um dem mich bedehrenden hochgeehrten Publikum der Umgegend von Karlsruhe Gelegenheit zu geben, nach Beendigung meiner Vorstellung noch nach Hause kommen zu können, hat eine wohlthät. großh. bad. Direktion der Verkehrsanstalten die Einrichtung getroffen, daß heute Donnerstag den 12. Juni, Abends 10 Uhr 15 Min. nach Pforzheim, Samstag den 14. Juni, Abends 10 Uhr 15 Min. nach Baden über Ettlingen und Rastatt, Sonntag den 15. Juni, Abends 10 Uhr 15 Min. nach Pforzheim, Sonntag den 15. Juni, Abends 10 Uhr 15 Min. nach Mannheim über Bruchsal u. Heidelberg **Ertragslose** hier abgehen werden. Nach Bedarf wird auch an allen Zwischenstationen zum Aussteigen der Personen gehalten.  
Donnerstag den 12. Juni 1862:  
**Große Vorstellung.**  
Zum ersten Male wiederholt: **Great steeple chase**, oder: Die englische Hirschjagd, von sämtlichen Herren und Damen mit einigen 40 Pferden, in welcher die Reiter und Reiterinnen mit ihren Pferden hohe Cascaden überpringen und zwei lebende Hirsche verfolgen werden. Zum Anfang: Der Versammlungsplatz, u. zum Schluß: Großes Hallali und Cablage bei bengalischer Beleuchtung. — Die arabischen Hengste Emir und Negus, beide zu gleicher Zeit von G. Renz vorgeführt, werden zum Schluß einen halben Tanz. — Erdbadour, Schluß, geritten von G. Renz. — Atlas, ganz neu in seiner Art dressirter Schimmelhengst, vorgeführt von G. Renz. — Robert und Bertram, höchst komische Intermezios von den Herren Baptiste Löffel, Pierre &c.  
Anfang 7 Uhr. Ende nach 9 Uhr.  
Morgens Vorstellung.  
Am Sonntag den 15. d. Nachmittags 4 1/2 Uhr:  
**Letztes großes Wett-Rennen**  
in dem neu errichteten Hippodrom auf dem großen Ererzplatz von sämtlichen Herren und Damen meiner Gesellschaft mit einigen 60 englischen und arabischen Vollblutpferden mit neuen Reizen, von denen ich mir nur **die Verfolgung des Niesen-Elephanten** **Miss Betty**  
von 12 Reuten zu Pferde, bei welcher einem hochgeehrten Publikum Gelegenheit geboten wird, das schnelle Laufen eines Elephanten bewundern zu können, zu erwählen erlaube.  
Bei etwa eintretendem Regenwetter findet das Rennen nicht statt, dagegen aber um 4 Uhr eine außerordentliche Vorstellung im Circus auf dem Schloßplatze.  
**Abends 7 Uhr große Vorstellung**  
im Circus.  
G. Renz, Director.

**Bad Wildungen**  
bei Station Wabern zwischen Frankfurt a. M. und Cassel hat die an Kohlensäure stärksten eisenhaltigen Quellen Norddeutschlands.  
Die berühmten Wildunger Mineralwasser, deren spezifische Heilkräfte gegen Stein und Gries, Blasenkatarrh etc., Blasenhämmorrhoiden, Blasenkrampf etc., gegen Krankheiten der Geschlechtsorgane, fehlerhafte Menstruation, **Blutschicht**, Impotenz, Sterilität etc. allgemein bekannt sind, werden in Flaschen, mit dem Stempel „Wildunger Wasser“ und mit Brandzeichen unter dem Kork versendet.  
Vom 20. Mai an werden die durch ihre Eisenhaltigkeit und viele Kohlensäure sehr nervenstärkenden Bäder abgegeben.  
Bestellungen wegen Mineralwasser, Logis etc. wolle man an die **Brunnen-Inspection**, ärztliche Anfragen an den während der Saison im grossen Badelagerhaus wohnenden Brunnenarzt Herrn Dr. Krüger richten. Da sich die künstlichen Wildunger Wasser als ganz unwirksam erwiesen haben, so hat die Verwendung der natürlichen Mineralwasser so zugenommen, dass um zeitliche Einsendung der Bestellungen ersucht wird. [Z. 1.85.

3.1.983. Schaffhausen unter Krähen, Amts Engen. **Hofguts-Verpachtung.**  
Das in der freundlichen Gegend des Höbgaues unweit Schlatt unter Krähen und den Marktstätten Engen, Hülzingen und Madolszell befindliche Freiherr Johann Reponum von Reichschaffhausen, sehr ertragsfähige Hofgut  
**„Hohenkrähen“**, welches außer den in gutem Stande sich befindenden Wohn- und Oekonomiegebäuden in 1/2 Morgen Gartenland, 85 Morgen Ackerland, 28 Morgen Wiesen besteht, wird am **Samstag den 21. Juni 1862, Vormittags 9 Uhr,**

3.1.9. Mainz. **Kanton Freiburg 15-Frks. = od. fl. = 7-Loose**  
Ziehung am 15. Juni d. J.

Bei diesen Loosen werden die hohen Treffer von Frk. 60,000, 50,000, 40,000, 30,000, 20,000 gewonnen und der geringste Treffer ist Frk. 17; es sind diese Loose bestens zu Kapitalanlagen und Ersparungen zu empfehlen. Originalloose sind kurzweilig zu haben bei

**Weismann & Mayer,**  
**Bank- und Wechselgeschäft in Mainz.**  
Auf Wunsch des Bestellers kann für jedes Loos zur größten Chance eine besondere Serie gegeben werden. Pläne und Ziehungslisten gratis. Beträge können pr. Post nachgenommen werden.

3.1.478. **Heidelberg.**  
**Hotel und Pension zum Russischen Hof**  
empfehlte sich einem verehrten reisenden Publikum als neu eröffnet. Schönste Lage in der Nähe des Bahnhofes und der Stadt. Sechzig für Familien wie für Einzelne gut eingerichtete Zimmer. Großer Garten, Bäder, in- und ausländische Journale. **Pensionspreise 4, 5 bis 6 Franken per Tag.**  
**J. C. Wettstein**  
zum Russischen Hof, Anlage 35.

**Stellegefuhr.** 3.1.109. Karlsruhe. Ein junger Mann von 23 Jahren, mit guten Kenntnissen versehen, welcher in der Musik, im Rechnen und Schreiben sehr erfahren ist, wünscht eine Stelle in Wäld zu erhalten. Zu erfragen in Karlsruhe, Amalienstraße Nr. 77.

**Postgehilfen-Stelle.** 3.1.69. Ein dienstgewandter Postgehilfe findet bis Ende Juli eine angenehme Stelle in einer Amtsstadt des Oberheintreffes. Zu erfragen bei der Expedition dieses Blattes.

3.1.52. Konstanz. **Gutverkauf.**  
Der Erbteil wegen wird das — zur Verlassenschaft des verstorbenen Herrn Karl August von Varion gehörige Gut Wödenburg, im Kanton Turgau, am **Montag den 30. Juni d. J., Vormittags 9 Uhr,** auf dem Gute selbst an den Meistbietenden öffentlich versteigert.

Dasselbe besteht aus den erforderlichen Wohn- und Oekonomiegebäuden, 120 Morgen Garten, Wiesen und Ackerland, nebst 15 Morgen Waldung, ist vollständig ararobirt und liegt zwischen den Dörfern Hülzingen und Utznau in äußerst fruchtbarer Gegend. Es ist von der Stadt Konstanz und der Eisenbahnstation Romanshorn nur je ca. zwei Stunden entfernt und mit diesen Orten durch die ganz nahe am Gute vorbeiführende Poststraße verbunden. Da es ferner unmittelbar an den Bodensee grenzt, so ist der Verkehr zu Wasser und zu Lande nach allen Richtungen ermöglicht und erleichtert.  
Das geräumige Herrschaftshaus ist vor nicht langer Zeit in elegantem Styl erbaut und man genießt von demselben aus eine prächtige Aussicht über den Bodensee hin nach den Pyrenäen und Schweizer Alpen.  
Die vorzügliche Einrichtung der Oekonomiegebäude, wie der Stand der Grundstücke werden jeder billigen Anforderung entsprechen.  
Kaufesiebhaber, welche das Gut einzuziehen, oder vor der Versteigerung Kaufsult darüben zu erhalten wünschen, belieben sich an Herrn Rentmeister Braun hier zu wenden.  
Konstanz, den 5. Juni 1862.  
Auf Antrag der Teilungsbefehde:  
**Heinrich Bögelin,**  
Bermünder des minderjährigen Miterben Aug. v. Varion.

3.1.935. Altschweier, Bezirksamt Bühl. **Versteigerung einer Handmühle.**  
In Folge richtiger Verfügung werden dem Müllermeister August Grebe in Altschweier **Dienstag den 17. Juni d. J., Vormittags 9 Uhr,** im Rathhause zu Altschweier, die nachbezeichneten Eigenschaften öffentlich versteigert, wobei der endgültige Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungspreis erreicht wird.  
Beschreibung der Liegenschaften.  
1. Eine anderthalbstündige Behausung mit Balkeneller, Scheuer und Stallungen;  
2. Ein zweistöckiges Mühlegebäude mit drei Mahlgängen, einem Schälengang nebst Putzmaschine. Das Ganze neu gebaut und im besten Zustande.  
3. 1/2 Viertel Gemüse- und Baumgarten.  
mitten im Orte Altschweier an dem wasserreichen Bülbüchle, einerseits dieser, andererseits Amand Ambrecht und Kaver Rieder, geschätzt zu 14,000 fl.  
Die Mühle ist eine Handmühle und keine Kunstmühle.  
Ungefähr 4 Stochhaufen, 40 Ruthen Heben im Niedhof, neben Gustav Adolph Dal und Franz Hälter, geschätzt zu 200 fl.  
Steinbach, den 13. Mai 1862.  
Der Vollstreckungsbeamte:  
Keller, Notar.

3.1.983. Schaffhausen unter Krähen, Amts Engen. **Hofguts-Verpachtung.**  
Das in der freundlichen Gegend des Höbgaues unweit Schlatt unter Krähen und den Marktstätten Engen, Hülzingen und Madolszell befindliche Freiherr Johann Reponum von Reichschaffhausen, sehr ertragsfähige Hofgut  
**„Hohenkrähen“**, welches außer den in gutem Stande sich befindenden Wohn- und Oekonomiegebäuden in 1/2 Morgen Gartenland, 85 Morgen Ackerland, 28 Morgen Wiesen besteht, wird am **Samstag den 21. Juni 1862, Vormittags 9 Uhr,**

3.1.188. Kirchzarten, Landamt Freiburg. (Holzversteigerung.) In den Domänenwaldabteilungen Vorderer Langed, Niesenthal, Eßgelsen, Schmelzplatz, Hochboden, Ahornkopf, Hintere Langed, Brenntshöhe und Kiesenbach werden bis **Montag den 16. Juni d. J.** versteigert mit halbjähriger Vorfrist:  
1. tannene Schindeldämme, 2. tannene Baumstämme, 645 tannene Hopsenlängen (25, 30 und 40' lang); 16 1/2 Kftr. Buchene und 57 1/2 Kftr. tannene Scheitel; 5 Kftr. Buchene und 1 Kftr. tannene Kloben; 120 1/2 Kftr. Buchene und 8 1/2 Kftr. tannene Ährigel, sowie mehrere Loose Schlaagramm. Zusammenkunft Morgens 10 Uhr auf dem Schmelzplatz, wo der größte Teil des Holzes liegt.  
Kirchzarten, den 8. Juni 1862.  
Großh. bad. Bezirksforstl. Partweg.

3.1.104. Nr. 6258. Säckingen. (Vorladung.)  
In Sachen des Martin Kaiser von Oberhof gegen Agatha Niker, ledig, und Maria Niker, Ehefrau des Marzel Wafmer von da, i. S. unbekannt wo abwesend.  
Hofschlicht betr.  
Der Kläger hat Klagen vertragen, — sein Vater Joseph Kaiser sei Vormund der Beklagten gewesen; zur Sicherung des 943 fl. 48 fr. betragenden Vermögens derselben sei am 3. März 1856 Eintrag zum Pfandbuch der Gemeinde Oberhof, Band II. Nr. 121, S. 277, erfolgt.  
Das Pfandrecht erstreckt sich auf nachstehende Liegenschaften:  
1) ein zweistöckiges Wohnhaus Nr. 7, nebst Scheuer und Stallung;  
2) 1 Jauchert 10 Ruthen Acker beim Haus;  
3) 1 Jauchert 4 Ruthen Acker in der Wölblingen;  
4) 1 dte. 12 dte. Wiesen in der Goldermatt;  
5) 1 Bierling 14 dte. Acker auf den Bettlenen;  
6) 1 dte. 46 dte. dte. in der Wölbling.

3.1.176. Nr. 3954. Billingen. (Bekanntmachung.) J. L. E. gegen Johann Fischerleier von Donaueschingen und Konf., wegen Fälligkeit öffentlicher Urkunden fügen wir unsern Ausschreiben vom 15. v. Mts., Nr. 3525, nachträglich bei: Es habe Fischerleier sich 14 Tage vor dem auf Donnerstag den 26. Juni d. J. anberufenen Schöffengerichtssitzung bei dem Untersuchungsrichter zu stellen.  
Billingen, den 6. Juni 1862.  
Großh. bad. Amtsgericht.  
Bader.

3.1.193. Nr. 8602. Bruchsal. (Aufforderung und Fälligkeit.) Der unten signalisirte Creditoren Joseph Rauchenbach von Ringolsheim hat sich unerlaubt aus seiner Garnison entfernt, sein derzeitiger Aufenthaltsort ist unbekannt. Derselbe wird aufgefordert, sich innerhalb 6 Wochen bei seinem Kommando oder dahier zu stellen, widrigenfalls er der Desertion für schuldig, des Orts- und Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt und in eine Vermögensstrafe von 1200 fl. verurteilt würde. Zugleich wird dessen Vermögen mit Beschlagnahme belegt.  
S i g n a l e m e n t.  
Alter, 25 1/2 Jahre.  
Größe, 5' 8" 1/2.  
Statur, stark.  
Gesichtsform, gewöhnlich.  
Gesichtsfarbe, braun.  
Haare, braun.  
Stirn, gewöhnlich.  
Augenbrauen, braun.  
Augen, braun.  
Nase, gewöhnlich.  
Kinn, oval.  
Zähne, gut.  
Besondere Kennzeichen: keine.  
Bruchsal, den 6. Juni 1862.  
Großh. bad. Oberamt.  
Leiber.

3.1.171. Nr. 4417. Eppingen. (Schuldenliquidation.) Der schon in America befindliche Georg Michael Ritter von Wülflach hat um nachträgliche Ausmündungserklärung und Vermögensauslieferung nachgesucht. Einwägige Ansprüche an den selben sind daher am **Montag den 23. Juni, früh 8 Uhr,** bei Verlust der Rechtschäfte dahier anzumelden.  
Eppingen, den 4. Juni 1862.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
Lang.

3.1.180. Nr. 3391. Konstanz. (Schuldenliquidation.) Wer an die Verlassenschaftsmasse des verstorbenen Andreas v. Kilian zum Badingen Hof daher eine Forderung zu machen hat, wird hiermit aufgefordert, solche längstens bis **Freitag den 20. d. M.** dahier anzumelden und geltend zu machen, widrigenfalls bei der Gemeindefälligkeit und Erbtheilung darauf keine Rücksicht genommen werden kann.  
Konstanz, den 6. Juni 1862.  
Großh. bad. Amtsrevisorat.  
Mader.

Frankfurt, 10. Juni 1862.		Staatspapiere.		Anlehens-Loose.	
Per cent.	Per cent.	Per cent.	Per cent.	Per cent.	Per cent.
Deff. 3 1/2	Met. i. S. b. R. 78 1/2	Baden 4 1/2	Obligation. 101 1/2	Def. 250 fl. v. 1859	73 1/2
5 1/2	do. in Holl. St. 78 1/2	4 1/2	do. 101 1/2	250	1854
5 1/2	do. 1852 i. S. 78 1/2	3 1/2	do. v. 1842 96 1/2	100	Pr. 1855
5 1/2	do. 1859 71 1/2	5 1/2	Obligation. 104 1/2	500	v. 1859/60
5 1/2	Lomb. i. S. b. R. 87	4 1/2	do. 101 1/2	3 1/2	Pr. v. 1860/61
5 1/2	Genet. i. S. b. R. 76 1/2	3 1/2	do. 97 1/2	Schwed. Rthlr. 102	70
5 1/2	Nat.-Anl. 1854 64 1/2	5 1/2	Oblig. b. Rth. 103 1/2	Def. 50 fl. Loose	104 1/2
5 1/2	Met.-Obligat. 64 1/2	4 1/2	do. 102 1/2	35	55 1/2
5 1/2	do. 1852 b. R. 55	4 1/2	do. 101 1/2	Kurs. 402 fl. L. S. R.	57 1/2
4 1/2	Met.-Oblig. 48 1/2	3 1/2	do. 95 1/2	Gr. Hoff. 50 fl. L. S. R.	133 1/2
4 1/2	do. 107	3 1/2	do. 95 1/2	Raff. 25 fl. L. S. R.	37 1/2
4 1/2	do. 100 1/2	3 1/2	do. 92 1/2	Sch. Rthlr. 25 fl. L. S. R.	32 1/2
3 1/2	Staatsf. 89 1/2	3 1/2	do. 92 1/2	Schw. Rthlr. 25 fl. L. S. R.	32 1/2
3 1/2	Emiffion 102	3 1/2	do. 92 1/2	Raff. 45 fl. L. S. R.	85 1/2
4 1/2	1/2jährig 103 1/2	3 1/2	do. 92 1/2	2 1/2 fl. R. d. S. R.	87 1/2
4 1/2	1/2jährig 103 1/2	3 1/2	do. 92 1/2	Pr. v. 1858. L. à 10 fl.	91 1/2
4 1/2	1/2jährig 101 1/2	3 1/2	do. 92 1/2	Knob.-Gungel. v. 12 1/2 fl.	—
4 1/2	1/2jährig 101 1/2	3 1/2	do. 92 1/2	<b>Wechsel-Kurse.</b>	
4 1/2	1/2jährig 98 1/2	3 1/2	do. 92 1/2	Amsterdam i. S. 100/100	—
4 1/2	1/2jährig 98 1/2	3 1/2	do. 92 1/2	Antwerpen	—
4 1/2	1/2jährig 98 1/2	3 1/2	do. 92 1/2	Kugels. 100	99 1/2
4 1/2	1/2jährig 98 1/2	3 1/2	do. 92 1/2	Berlin	105 1/2
4 1/2	1/2jährig 98 1/2	3 1/2	do. 92 1/2	Bremen	96 1/2
4 1/2	1/2jährig 98 1/2	3 1/2	do. 92 1/2	Dresden	98 1/2
4 1/2	1/2jährig 98 1/2	3 1/2	do. 92 1/2	Hamburg	104 1/2
4 1/2	1/2jährig 98 1/2	3 1/2	do. 92 1/2	Leipzig	104 1/2
4 1/2	1/2jährig 98 1/2	3 1/2	do. 92 1/2	London	118 1/2
4 1/2	1/2jährig 98 1/2	3 1/2	do. 92 1/2	Madrid i. Pr. 200	93 1/2
4 1/2	1/2jährig 98 1/2	3 1/2	do. 92 1/2	München	—
4 1/2	1/2jährig 98 1/2	3 1/2	do. 92 1/2	Paris	93 1/2
4 1/2	1/2jährig 98 1/2	3 1/2	do. 92 1/2	Wien	92 1/2
4 1/2	1/2jährig 98 1/2	3 1/2	do. 92 1/2	Disconto	3 1/2
4 1/2	1/2jährig 98 1/2	3 1/2	do. 92 1/2	<b>Gold und Silber.</b>	
4 1/2	1/2jährig 98 1/2	3 1/2	do. 92 1/2	Billets	9 38 1/2
4 1/2	1/2jährig 98 1/2	3 1/2	do. 92 1/2	Pr. Friedr. r.	9 57
4 1/2	1/2jährig 98 1/2	3 1/2	do. 92 1/2	Holl. fl. 10 Stücke	9 46
4 1/2	1/2jährig 98 1/2	3 1/2	do. 92 1/2	20-Frankenstücke	9 24
4 1/2	1/2jährig 98 1/2	3 1/2	do. 92 1/2	Engl. Sovereigns	11 54
4 1/2	1/2jährig 98 1/2	3 1/2	do. 92 1/2	Gold v. Belgien	801-8
4 1/2	1/2jährig 98 1/2	3 1/2	do. 92 1/2	Holl. v. Belgien	82 30
4 1/2	1/2jährig 98 1/2	3 1/2	do. 92 1/2	Pr. Cassenl.	1 45-4
4 1/2	1/2jährig 98 1/2	3 1/2	do. 92 1/2	Dollars in Gold	2 27